

Als am 26. Januar 1998 ein offener Brief auf der Website des Think Tank „Project for the New American Century“ (www.newamericancentury.org) an den damaligen Präsidenten der USA Clinton erschien, in dem dieser aufgefordert wurde, weitgehende militärische Maßnahmen gegen den irakischen Diktator Saddam Hussein zu ergreifen, so war dies zwar nicht das erste Auftreten neokonservativer Denker in den USA, aber das erste Auftreten nach einer längeren Zeit der politischen Abstinenz, die mit dem Ende der Amtszeit von Ronald Reagan begann. Dieser Aufruf – unter anderen unterschrieben von Francis Fukuyama, William Kristol, Robert Kagan, Paul Wolfowitz, Richard Perle und Donald Rumsfeld – sollte der erste Versuch der Neokonservativen sein, aktiv in die US-amerikanische Außenpolitik einzugreifen.

Versuche, die erst unter der Präsidentschaft George W. Bushs erfolgreich sein und einigen Neokonservativen sogar eine herausragende Stellung in dessen Administration sichern sollten. Wie konnte es dazu kommen, und wer sind die Necons, wie sie in den USA genannt werden? Welche ideologischen Wurzeln haben sie, und was unterscheidet sie von klassischen Konservativen?

Die geistigen Wurzeln und ideologischen Grundlagen des Neokonservatismus gehen auf den deutsch-jüdischen Philosophen Leo Strauss zurück. Strauss wurde 1899 geboren und studierte Philosophie, Naturwissenschaften und Mathematik. Er besuchte unter anderem Vorle-

sungen bei Edmund Husserl und Martin Heidegger und arbeitete danach im Fachbereich Jüdische Studien an der Humboldt-Universität zu Berlin. Im Jahre 1932 ging er für einen Studienaufenthalt auf Empfehlung Carl Schmitts nach Großbritannien und Frankreich. Mit der nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 waren die Rückkehrmöglichkeiten für Strauss versperrt, und er begann 1937 eine wissenschaftliche Karriere in den USA. So lehrte er von 1938 bis 1949 an der *New School for Social Research*, von 1949 bis 1967 an der Universität von Chicago, von 1968 bis 1969 am Claremont College und bis zu seinem Tode 1973 am St. Johns College.

Besonders die Zeit an der Universität von Chicago gilt als die Hochzeit der Strauss'schen politischen Philosophie. In diesen Jahren gelang es Strauss, eine getreue Schar von Schülern hinter sich zu sammeln, deren Einfluss erst zirka vierzig Jahre später durch die außenpolitische Wende der USA deutlich wird und in den USA auch die neokonservative Revolution genannt wird.

Das Denken Leo Strauss' wurde durch einige wenige, aber grundlegende Punkte bestimmt, die man grob wie folgt zusammenfassen kann: Eine Rückkehr zu den *alten Büchern* (vor allen Dingen Platon), um diese ernsthaft und langsam zu lesen, wobei ein wesentlicher Punkt zum Verständnis dieser Klassiker im Lesen nach dem *original intent* bestand (das heißt, die Bücher der Philosophen sollten im Sinne der Philosophen – nicht im Sinne

der Geschichte gelesen werden). Darüber hinaus die Erkenntnis, dass die meisten Philosophen dies mit einer politischen Intention tun beziehungsweise taten. Weiterhin musste dem Leser nach Strauss deutlich werden, dass die Philosophen ihre Werke nicht für die breite Masse, sondern für ein kleines, elitäres Publikum geschrieben haben, und erst diese Erkenntnis lässt den Leser die tieferen Dimensionen dieser Denker verstehen. Ein Kernpunkt seiner Philosophie bezog sich auf die Ablehnung jeglicher Form von Relativismus, Historismus, wissenschaftlichem Rationalismus und Nihilismus. In diesen erkannte Strauss das größte Gefahrenpotenzial für die liberalen Demokratien. Seiner Vorstellung nach sollten die westlichen Demokratien – wenn sie eine politische und kulturelle Zukunft haben wollten – sich wieder auf die Lehren der Klassiker zurückbesinnen. Nie vergessen werden sollte dieser Theorie zufolge auch, dass es zwei historische Pfeiler der westlichen Zivilisation gibt: Athen und Jerusalem.

Als Letztes forderte Strauss die permanente Auseinandersetzung mit den seiner Ansicht nach inhaltlich am weitesten auseinander liegenden Epochen der Philosophiegeschichte – dem Altertum und der Moderne. Diese epochale Zuspitzung führt nach Strauss zu einer besseren Erkenntnis der eigenen Identität und Herkunft.

In seinen zahlreichen Werken beschäftigt sich Strauss dann auch mit den Klassikern der politischen Philosophie, so zum Beispiel in seinem 1936 veröffentlichten Werk *The Political Philosophy of Hobbes*, in dem 1948 erschienenen Werk *On Tyranny* und erneut in *Natural Right and History* aus dem Jahre 1953. Weitere wesentliche Werke sind *Thoughts on Machiavelli* (1958), *What is Political Philosophy* (1959) und sein Werk über den Liberalismus mit dem Titel *Liberalism Ancient and Modern* (1968).

Neben Strauss' elitären, an Platons Philosophenherrschaft angelehnten Demokratievorstellungen ist vor allen Dingen seine scharfe Kritik an der philosophischen Idee und politischen Praxis der liberalen Demokratien bemerkenswert. Für Strauss sind die liberalen Demokratien durch ihren Wertrelativismus und ihre Toleranz auch gegenüber Intoleranten der ständigen Gefahr ausgesetzt, ihre eigenen Voraussetzungen zu unterminieren und so zum Steigbügelhalter für totalitäre Ideologien zu werden. Für Strauss ist Relativismus die Voraussetzung für Totalitarismus. Damit befindet sich Strauss sehr dicht bei einem anderem Kritiker des Liberalismus: Carl Schmitt. Dieser schrieb in seiner 1932 erschienenen Schrift *Der Begriff des Politischen* über das Wesen des Politischen – und dieses Wesen bestand nach Schmitt in der Freund-Feind-Unterscheidung. Eine Unterscheidung, die 1932 noch auf die Weimarer Republik anwendbar war – die Gegner Weimars und die Befürworter Weimars –, die aber spätestens 1933 ihre politische Unschuld verlor und als eine intellektuelle Handreichung für die Verfolgung und Ermordung anders Denkender, anders Glaubender und anders Fühlender verstanden werden konnte.

Diese Kritik am Liberalismus, an seinem in ihm selbst angelegten Relativismus wurde verwunderlicherweise zu einem der Hauptpfeiler des neokonservativen Denkens der Strauss-Schüler.

Ideologie Neokonservativer

Der Begriff des Neokonservatismus tauchte zum ersten Mal in den 1980er Jahren während der zwei Amtsperioden Ronald Reagans als Präsident der USA als politischer Begriff auf. Neokonservatismus sollte Kontinuität wie auch Wandel des Denkens eines Teils der US-amerikanischen Konservativen symbolisieren: Kontinuität im Sinne der grundlegenden ideologischen Wurzeln wie zum Beispiel So-

zialkonservatismus, die Ablehnung von *big government*, die Anerkennung so genannter *moral values* und die Ablehnung der *liberals* als Gefahr für die Werte und Ziele der USA. Der Wandel lag in der Aufnahme bestimmter Versatzstücke der *liberals* in die neokonservative Ideologie – dies vor allen Dingen außenpolitisch – oder wie es Herbert von Borch charakterisierte:

„Das Neo ist insofern berechtigt, als sie (die Neokonservativen) nicht den archaischen Typ der Neuen Rechten verkörpern ..., sondern merkwürdigerweise eine Variante ihrer Gegner, der Liberalen. Es ist ein durchaus anderer Konservatismus als der europäische ... Die (amerikanischen) Neokonservativen haben die philosophischen Grundlagen des 18. Jahrhunderts – Aufklärung, Rationalismus, Fortschritts Glaube, Pragmatismus, Optimismus –, aus denen die Lebensstrukturen Amerikas gewachsen sind, nicht verlassen. Sie modifizieren sie jedoch auf so übereinstimmende Weise, dass tatsächlich von einer neuen Denkschule gesprochen werden kann.“ (www.literaturdigital.de/neocon.html)

Stetiger Aufstieg

Der Aufstieg der neokonservativen Schüler Leo Strauss', unter anderen Irving Kristol, Richard Perle, Jane Kirkpatrick, Paul Wolfowitz und Norman Podhoretz, vollzog sich langsam, aber stetig, er begann mit dem Widerstand gegen die Projekte des demokratischen US-Präsidenten Lyndon B. Johnson, die unter dem Schlagwort *great society* firmierten. Die Kritik an Johnsons Projekt einer auf Liberalität, Bürgerrechten und Sozialstaatlichkeit fußenden Idee entzündete sich vor allen Dingen an der – angeblichen – Radikalität, mit der Johnson seine Agenda umzusetzen versuchte. In erster Linie konzentrierten sich die Neokonservativen in den Anfangsjahren ihrer Bewegung auf ökonomische Fragen und weniger auf Außenpolitik. Mit dem *Public Interest* (erstmal erschienen 1965) bekam die

neokonservative Bewegung ein intellektuelles Sprachrohr, das auch heute noch – neben dem *Weekly Standard* – eine bedeutende Rolle im politischen Diskurs der USA spielt.

In den 1960er und 1970er Jahren – in der Folge des Vietnamkrieges und der Proteste gegen diesen – stießen zahlreiche Mitglieder der Demokraten sowie ehemalige Trotzlisten zu den Neokonservativen. Der Wechsel erklärte sich zum einen aus dem vorgeblichen Linksruck der Demokratischen Partei auf dem Chicagoer Parteitag 1968, in dessen Verlauf Präsident Johnson heftig wegen seiner Vietnampolitik angegriffen wurde, sowie zum anderen durch die starken anti-amerikanischen Gefühle, die im Rahmen des Vietnamkrieges auch in den USA selbst artikuliert wurden. Den ersten Punkt sahen viele spätere Neokonservative als Bruch mit den politischen Traditionen der Demokratischen Partei, den zweiten Punkt sahen sie als Verrat an den USA, die ihrer Ansicht nach für die demokratischen Werte im Kampf gegen die Sowjetunion standen und auch als einziger Staat in der Lage waren, diese Werte zu verteidigen. Die Aushöhlung dieser Stärke nach außen durch eine Schwächung von innen erschien den dissentierenden Demokraten gefährlich und naiv.

Die Trotzlisten um Irving Kristol entwickelten in den Jahren der Reagan-Ära die Theorie von der permanenten Demokratisierung, die sich eng an Leo Trotzki's Schrift *Die permanente Revolution* anlehnte – nur dass jetzt nicht mehr die Revolutionierung der Welt im kommunistischen Sinne die Grundlage politischen Handelns sein sollte, sondern vielmehr eine permanente Demokratisierung der Staatenwelt das Ziel wurde.

Im Rahmen der ideologischen Formierung der Neokonservativen als politische Akteure wurden auch verschiedene Think Tanks gegründet, zu denen unter anderem das heute einflussreiche AEI (*American*

Enterprise Institute) sowie die *Heritage Foundation* gehörten.

Der politische Aufstieg der Neokonservativen begann unter Präsident Reagan. Bekannte Vertreter wie Richard Perle, Paul Wolfowitz, Donald Rumsfeld und Irving Kristol traten in diesen Jahren nicht mehr nur als Intellektuelle und Essayisten auf, sondern fanden auch den Weg in die politische Realität – eine Realität, die sie in ihrem Sinne zu beeinflussen suchten und die sie durch die Sympathie Ronald Reagans verändern konnten. Es wäre allerdings falsch, Ronald Reagan trotz aller Rhetorik, die häufig eine Mischung aus Konservatismus, Neokonservatismus und ökonomischen Neoliberalismus war, als neokonservativen Präsidenten zu bezeichnen. Reagan war vielmehr ein Präsident, der rhetorisch vom *evil empire* sprach und doch eine pragmatische Politik betrieb, um zu einer Verständigung mit der UdSSR in Fragen der Abrüstung zu gelangen. Viele Neokonservative waren dann auch gespalten in ihrem Urteil über Reagan, gerade der Pragmatismus Reagans war für die Neokonservativen ein Zurückweichen vor der angeblichen totalitären Bedrohung durch die UdSSR.

Sinkender Einfluss

Der Einfluss der Neokonservativen auf die Außenpolitik der USA sank unter seinem Nachfolger Bush senior deutlich. Dieser setzte an die Stelle der neokonservativen Strategen Vertreter des klassischen politischen Realismus in die entscheidenden politischen Positionen und führte den ersten Irakkrieg im Rahmen eines durch die UNO völkerrechtlich legitimierten Mandates.

Der Wiederaufstieg der Neokonservativen begann mit dem Amtsantritt George W. Bushs im Januar 2000. Bush, der selbst kein Neokonservativer ist, sondern vielmehr ein *reborn Christian*, sammelte die Neokonservativen um sich und vergab

zahlreiche einflussreiche Positionen an sie. Paul Wolfowitz wurde Staatssekretär und Richard Perle Berater im Pentagon, weitere Neokonservative gestalteten die Außenpolitik der USA auf der zweiten und dritten Ebene ebenfalls vom Pentagon aus. Die Neokonservativen wurden neben den christlich-fundamentalistischen Kräften (repräsentiert durch Justizminister John Ashcroft) zu den wesentlichen Pfeilern der Bush-Administration. Ihr historischer Moment kam aber nach den Anschlägen vom 11. September 2001: In jenen Stunden, als die USA und mit ihnen die Welt trauerten, entwickelten Paul Wolfowitz und Richard Perle bereits ein Szenario für den zweiten Irakkrieg. Nicht die Terroristen des El-Kaida-Netzwerkes waren das Hauptziel der zu treffenden Maßnahmen – auch geriet nicht in erster Instanz das islamisch-fundamentalistische Talibanregime in Afghanistan, welches Osama bin Laden und seinen Chargen Unterschlupf gewährte, in den Blickwinkel von Wolfowitz und Perle, sondern vielmehr der Irak des Despoten Saddam Hussein.

Zwar wurde im Rahmen der UNO nach Artikel 51 der UN-Charta im November 2001 eine Intervention zur Entmachtung des Talibanregimes durchgeführt, aber nach dem schnellen, nahezu widerstandslosen Verschwinden des alten Regimes und der Besetzung Afghanistans durch internationale Truppenverbände unter Führung der USA schwand das Interesse an El Kaida fast im Stundentakt. Erneut – und diesmal hatten die gemäßigten Kräfte um Außenminister Powell und Sicherheitsberater Clarke keine Möglichkeit mehr, Präsident Bush von der Vorrangigkeit der Bekämpfung El Kaidas zu überzeugen – geriet der Irak in den Blickpunkt der US-Administration.

Nach – nur formal offenen – Verhandlungen im Rahmen der UNO und der Entsendung von Waffenkontrolleuren in den Irak, deren Abschlussbericht jedoch

nicht abgewartet wurde, intervenierten die USA und Großbritannien im März 2003 völkerrechtswidrig im Irak. Der darauf folgende Sturz Saddam Husseins kann wohl zu Recht als *finest hour* für die Neokonservativen bezeichnet werden, hatten diese doch damit ein Ziel erreicht, das sie schon in Zeiten der Clinton-Administration anvisiert hatten und das sie als ersten Schritt zu einer umfassenden Demokratisierung der arabischen Welt ansahen. Die Theorie sah eine Art Dominoeffekt der Demokratisierung vor – vom Irak aus sollte die Demokratie auch die anderen arabischen Staaten und den Iran erfassen und eine dauerhafte politische und militärische Sicherheit für Israel garantieren.

Anderthalb Jahre später ist von dieser Dominotheorie nichts mehr übrig. Angesichts von über tausend gefallenen US-amerikanischen Soldaten im Irak sowie schätzungsweise um die hunderttausend toten Zivilisten, nahezu täglichen Bombenanschlägen, Entführungen und anschließender Ermordung zahlreicher Geiseln durch islamische Fundamentalisten könnte man das politische Konzept der Neokonservativen als gescheitert bezeichnen und vermuten, auch die Ideologie der Neokonservativen würde innerhalb der Republikanischen Partei einer grundlegenden Kritik unterzogen. Dem ist nicht so – nach dem Wahlsieg von George W. Bush am 2. November 2004 ist ein stärkerer Einfluss der Neokonservativen denkbar. Die außenpolitischen Konsequenzen, die dies für das transatlantische Verhältnis und die Rolle der UNO in der Welt haben könnte, sind noch nicht abzusehen, aber dass die zweite Amtszeit der Regierung Bush möglicherweise unter ebenso einem neokonservativen Stern

stehen könnte wie die erste, lassen die Worte von Norman Podhoretz – einem der Begründer des politischen Neokonservatismus – erkennen. Er vertrat in einem Interview im September dieses Jahres die Auffassung, dass er der Regierung Bush zwar keine direkte Empfehlung für einen Regimewechsel im Iran geben wolle, aber wenn es passieren würde, wäre dies durchaus in seinem Sinne.

Eine gewisse Hoffnung hinsichtlich eines Endes der neokonservativen Vorherrschaft im außenpolitischen Diskurs der USA besteht lediglich in Bezug auf innere Friktionen. So haben sich Richard Armitage (Staatssekretär im Außenministerium) und Francis Fukuyama mittlerweile deutlich von der Militärintervention im Irak distanziert, und zumindest Fukuyama vertritt mittlerweile auch ganz offen die Positionen der oppositionellen Demokraten in dieser Frage. Auch Robert Kagan wählt inzwischen einen milderen Ton gegenüber den Staaten der EU – verlangt er doch immerhin ein Zugehen der US-Regierung auf die europäischen Verbündeten in außen- und sicherheitspolitischen Fragen.

Inwieweit sich die Neokonservativen auch während der zweiten Amtszeit von Präsident Bush profilieren können, hängt sicherlich auch entscheidend von der zukünftigen Entwicklung im Irak ab und inwieweit es den Europäern gelingt, Einfluss auf die neue Bush-Administration zu nehmen. Dass die Chancen für einen außenpolitischen Kurswechsel alles andere als gut stehen, dürfte die Neokonservativen erfreuen – die Befürworter eines Multilateralismus im Rahmen der UNO innerhalb und außerhalb der USA sollte es beunruhigen.